

Wolfgang Thierse

**Randstreifen: Aus einer Festrede aus Anlass des 60. jährigen Jubiläums  
des Landeskulturverbandes Schleswig-Holstein  
am 5. November 2008 in Kiel**

Die Aufgaben der Kulturpolitik

In meinem Verständnis ist die Kultur mit ihren wesentlichen Gestaltungsfeldern – von den Künsten, über die Geschichtskultur, das Kulturelle Erbe bis zur Kreativwirtschaft und der Kulturellen Bildung – nicht nur reiner Überbau, bloße Verzierung des Alltags, Ornamentik oder Beiwerk. Sondern die Kultur ist immer ein wichtiges produktives Element der gesellschaftlichen Zustände, durch diese geprägt und auf sie einwirkend. Und zugleich ist sie (bzw. der Zugang zu ihr) ein wesentliches Element individueller Lebensgestaltung, von Persönlichkeitsentwicklung. Dass damit der Kultur als wichtigem Gestaltungsfeld der Zukunft eine bedeutende Rolle zufällt und Kulturpolitik kein peripheres Politikfeld mehr sein sollte, dem werden Sie gewiss nicht widersprechen.

Und sicher heißt dies vor diesem Auditorium „Eulen nach Athen zu tragen“. Doch ohne Kultur geht es tatsächlich nicht. Kultur und besonders die Künste sind ein nicht wegzudenkender Teil unseres Lebens. Das Kulturelle stärkt die Kreativität und die Zukunftsfähigkeit der Gesellschaft, mobilisiert Phantasie und unabhängiges Denken. Die Kultur öffnet uns innere Räume, die uns sonst verschlossen wären, sie verleiht uns Ausdrucksmittel für eine Transzendenz des Alltags, für Intensität jenseits der Welt der Zwecke. Die Kultur ist in besonderer Weise der Raum der Werte- und Zielverständigung der Gesellschaft wie der Ort der Reflektion und freien Kreativität des Einzelnen.

Auch Politik und Kultur brauchen einander, haben sich mit Respekt, Sympathie und Neugier gegenseitig etwas zu sagen. Wobei wichtig ist, die Kultur nicht zu instrumentalisieren und zu vereinnahmen, auch nicht bloß zu historisieren und musealisieren, sondern es wirklich ernst zu nehmen, was wir hören oder sehen von ihr, aus ihr. Und es geht auch um kulturpolitische Entscheidungen, es geht um Feuilletondiskurse, die oft nachhaltiger wirken und meinungsprägender sind als manches tagespolitische Geplänkel, es geht auch um intellektuelle und künstlerische Positionen, die verstören, aufwecken und voranbringen.

Es wird Sie vielleicht überraschen, wenn gerade ich (als Bundespolitiker) feststelle: Die Kulturhoheit der Länder ist keineswegs bloße Verfassungsfolklore. Zwar wäre es viel besser in Brüssel mit einer starken Stimme zu sprechen, doch es ist nun mal so: Von den rund 8 Mrd. öffentliche Kulturförderung fällt nur rund 1 Mrd. auf den Bund. Kulturpolitik bleibt, erst recht nach der letzten Föderalismusreform, wesentlich Sache der Länder und Kommunen, in diesem Sinne – sage ich – ist Kiel wichtiger als Berlin.

Doch ist – andererseits – vor 10 Jahren ein bedeutender kultureller Aufbruch hinzugekommen, der der Kulturpolitik im Bund endlich die ihr zustehende Bedeutung verlieh und ein modernes, offeneres und für Künstler produktiveres Klima schuf. Das Amt des

Kulturstaatsministers und der neue Bundestagsausschuss für Kultur und Medien stehen durchaus für wegweisende intellektuelle Anstöße und für verbesserte Rahmenbedingungen der Kulturförderung.

Ich erinnere nur an die Kulturstiftung des Bundes, die zusätzlich zu dem Löwenanteil, den die Kommunen und Länder schultern, überall im Lande Zeitgenössisches fördert und gleichzeitig das vielfältige nationale Kulturerbe erhalten hilft. Oder an die Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland“ des Bundestages, die nach 30 Jahren erstmals wieder eine umfassende Bestandsaufnahme vorgelegt und über 400 Handlungsempfehlungen an Bund, Länder und Kommunen formuliert hat, die besonders auf die öffentliche und private Kulturförderung, die wirtschaftliche und soziale Lage der Künstler, die Kultur- und Kreativwirtschaft, die kulturelle Bildung und europäische Kulturpolitik abzielen. Ich erinnere auch daran, dass es gerade in der Kultur auf das bürgerschaftliche Engagement der dort mehr als 3 Millionen Ehrenamtlichen ankommt, die wie Sie das kulturelle Leben prägen und sich in Stiftungen, Vereinen und Verbänden, in Kirchen und unterschiedlichsten Trägerorganisationen engagieren. Die Voraussetzungen und Rahmenbedingungen dieses bürgerschaftlichen Engagements zu gestalten, das hat sich - von der Reform des Stiftungsrechts bis hin zur Stärkung des Ehrenamtes - zu einer bedeutenden Aufgabe der bundesweiten Kulturpolitik entwickelt.

In der derzeitigen geschichtlichen Phase tief greifender sozialer Umbrüche und neuer Katastrophendrohungen ist das individuelle und kollektive Bedürfnis nach Vergewisserung, nach Verständigung, nach Identität wieder besonders groß. Kunst und Kultur sind mehr als das Schöne, Wahre und Gute. Gerade in Krisenzeiten begreifen wir, dass der Zusammenhalt einer Gesellschaft nicht allein durch das Recht und durch ökonomische Beziehungen, durch den Markt garantiert wird, sondern auch und wesentlich durch gemeinsame Überzeugungen, Werte, ein gemeinsames Gedächtnis, also durch Kultur. Mir ist besonders wichtig, dass die Künste Erfahrungsräume menschenverträglicher Ungleichzeitigkeit schaffen, in denen die Menschen jenseits ihrer Markt-Rollen (als Produzenten und Konsumenten) agieren und sich wahrnehmen können. Die Kultur als Raum der Welterklärung: Hier wird über Herkunft und Zukunft, über das Bedrängende und das Mögliche, über Sinn und Zwecke, über das Eigene und Fremde reflektiert, kommuniziert, gespielt, gehandelt.

In diesem Sinne wird Kulturpolitik nur dann vor aktuellen und zukünftigen Herausforderungen bestehen und Sinn stiften, wenn sie als Gesellschaftspolitik begründet und gestaltet wird. So unterstreicht es auch der Präsident der Kulturpolitischen Gesellschaft, Oliver Scheytt in seinem gerade erschienen Buch „Kulturstaat Deutschland“: Es geht zuvorderst darum, dass die Künste, die Künstlerinnen und Künstler Freiheit brauchen, aber auch Schutz und Förderung, gerade jenseits ökonomischer Zwänge. Kulturpolitik ist – in der Tradition etwa von Hermann Glaser, Hilmar Hoffmann und Olaf Schwencke – somit eine gesellschaftliche Aufgabe *in der* und *für die* Kulturgesellschaft. In diesem Wechselspiel mit der Kulturgesellschaft und im Interesse der Kulturbürger findet der Kulturstaat als „aktivierender Kulturstaat“, manche sagen auch als „ermöglichender Staat“, der alle kreativen Kräfte mobilisiert, seinen Auftrag.

Ich möchte drei Schlüsselbegriffe herausgreifen und als kulturpolitische Hauptaufgaben näher erläutern. Es geht um **Kultur der Anerkennung, Kultur als Öffentliches Gut und um Kulturelle Bildung.**

### **Erstens: Kultur der Anerkennung.**

In innergesellschaftlichen wie in den weltpolitischen Auseinandersetzungen und Gefährdungen der Gegenwart spielen Fragen der Kultur heute eine überraschend wichtige Rolle. Das ist spätestens seit den Reaktionen auf den „11. September“ weltweit sichtbar; das prägt auch – von spektakulären Fällen des Scheiterns von Integration über die Frage des EU-Beitritts bis zu Moscheeneubauten – die Debatte in Deutschland. Hatte nicht zuletzt der US-Wahlkampf, das „Change“ des jungen Obama, Züge eines kulturellen Aufbruchs?

Was in den 70er Jahren die Losungen sozialdemokratischer Kulturpolitik waren, nämlich „Kultur für alle“ und „Bürgerrecht Kultur“, kann man in heutiger Terminologie als „kulturelle Teilhabegerechtigkeit“ übersetzen. Die Bilanz ist allerdings ernüchternd. Der Einbezug aller in das – anspruchsvolle - kulturelle Leben ist heute so weit entfernt wie eh und je. Trotz der Ausweitung des öffentlichen Kulturangebots, trotz erhöhter Kaufkraft, trotz ausgedehnter Freiheit und trotz höherer formaler Bildung nahm die kulturelle Partizipation in den letzten Jahrzehnten kaum zu. Die Wahlmöglichkeiten der potentiellen Kulturnutzer sind zwar stärker gestiegen und die kulturnahen Milieus nehmen die Angebote öfter wahr. Doch wer früher nicht ins klassische Konzert, in die Oper, ins Theater oder in Ausstellungen ging, der tut das jetzt auch nicht. Das gestiegene Kulturinteresse beschränkt sich nach wie vor auf die fünf bis zehn Prozent kulturelle „Vielnutzer“ und auf weitere 40 bis 45 Prozent der Bevölkerung, die gelegentlich öffentliche Kultureinrichtungen in Anspruch nehmen. Die soziale Selektivität von Kultur hat sich seit 30 Jahren nicht verringert, offenbar hat sich kulturelle Spaltung zwischen Nutzung und Nichtnutzung kultureller Einrichtungen etwa 50:50 versteinert. Soziale und sozialpsychologische Barrieren gehören zu den Ursachen dafür.

Es geht um das neue Migrant\*innen-Proletariat sowie um eine bildungsferne, abgekoppelte oder prekär lebende deutsche "Unterschicht". Die anhand sozialer Kriterien bestimmbaren Spaltungen der Gesellschaft haben unübersehbar eine zutiefst kulturelle Dimension. Diese kulturelle Exklusion verfestigt sich zur sozialen Exklusion. Sozialtransfers allein werden die Situation nicht verbessern, es kommt vielmehr auf Fragen von Bildung und Kultur an. Gerade kulturelle Bildung wird zu einer notwendigen, nicht mehr zu vernachlässigenden Aufgabe von Gerechtigkeitspolitik.

Um des inneren und äußeren Friedens willen müssen wir den Austausch, den Dialog der Kulturen befürworten als ein zentrales Moment sozialer Integration von Menschen unterschiedlicher ethnischer Herkunft, religiöser Überzeugung und kultureller Prägung in unserem Land wie auch als eine wichtige Aufgabe friedlicher Globalisierung. Kultur der Anerkennung, wirkt der Entwicklung von Parallelgesellschaften ebenso entgegen wie der Ausgrenzung gesellschaftlicher Minderheiten und der Verschärfung kultureller Differenzen zu ideologisierten Konflikten. Ohne das programmatische Ja zu kultureller Vielfalt, zu kulturellem Pluralismus ist das nicht zu haben. Dieses Ja zur Vielfalt

schließt das Nein zu fundamentalistischen Verengungen, zu falschen Politisierungen von religiösen und kulturellen Differenzen ein.

Ich möchte den indischen Wirtschaftswissenschaftler und Philosophen und Nobelpreisträger Amartya Sen zitieren: „Die Wichtigkeit der kulturellen Freiheit bedeutet nicht, dass man jedwede Form des kulturellen Erbes feiert, ungeachtet dessen, ob die Betroffenen sich aus freien Stücken für die entsprechenden Praktiken entscheiden würden, wenn sie die Möglichkeit hätten, dies kritisch zu prüfen, und über andere Optionen und die tatsächlich vorhandenen Wahlmöglichkeiten hinreichend informiert wären.“ Das Ja zur kulturellen Vielfalt heißt aber auch, worauf Sen ebenfalls hinweist, sich mit einer Globalisierung nicht abzufinden, die einseitig auf kulturelle Verwestlichung (und Amerikanisierung) reduziert wird. Auch deshalb fördern wir ja den deutschen und europäischen Film, damit nicht alles Hollywood wird.

Es kommt in unserer unumkehrbar multikulturell gewordenen Gesellschaft auf den Respekt und die Würde der „Anderen“ – immerhin 15 % von 82 Mio. Menschen – an. Noch viel zu häufig ist in Deutschland Realität, was Renan Demirkan in ihrem Buch „Septembertee“, das wir kürzlich im Willy-Brandt-Haus vorstellten, beschrieben hat: Die schwierige türkische Immigration führte bei ihrer Elterngeneration zum Gefühl eines „geliehenen Lebens“ mit dem Empfinden, nirgendwo wirklich gewollt zu sein, keine Heimat gefunden zu haben.

Kulturpolitik, die nur über Wie-Fragen spricht, wird in die Defensive geraten, die Wo-zu-Fragen nach den orientierenden Inhalten und Werten müssen dazukommen. Nur ein gleichzeitig wertefundiertes wie tolerantes Kulturverständnis kann sich gegen einen eindimensionalen oder funktionalisierten Kulturbegriff behaupten, der Kultur und Religion zur Begründung von Ausgrenzung missbraucht. Bei aller Verschiedenheit bleibt der interkulturelle Dialog auf der Basis humanistischer Grundwerte die Voraussetzung für das Gelingen kultureller Integration.

**Indem wir Kultur als öffentliches Gut definieren, das ist der zweite Kernbegriff,**

heben wir ihre Bedeutung für die soziale Gemeinschaft und die Demokratie hervor und betonen die Verantwortung der Politik für ihre Verfügbarkeit. Öffentliche Güter müssen ausreichend und in großer Vielfalt bereitgestellt werden. Dies schafft den kulturellen und sozialen Zusammenhalt, der für eine vitale Demokratie unverzichtbar ist und stützt das Kooperationsgefüge der Bürgerschaft. Der Reichtum dieser kulturellen, sozialen, demokratischen Güter macht die Lebensqualität unserer Städte und Gemeinden aus. Öffentliche Museen, Theater, Volkshochschulen, Musikschulen, Stadtbibliotheken, Orchester usw. sind Güter, an denen die Bürger ein gemeinsames Interesse haben. Hinter solcherart und uns vertraute kultureller Grundversorgung darf es kein weiteres kulturpolitisches Zurück geben.

Deshalb gehört die Verteidigung der öffentlichen Mittel für die Kultur zum Kerngeschäft aller Kulturpolitik. Denn es hat sich in den letzten Jahren durchaus bemerkbar gemacht, dass die Ausgaben von Bund, Ländern und Kommunen für Kultur - trotz Steigerungen beim Bund - insgesamt von 8,4 Mrd. Euro im Jahr 2001 auf 7,8

Mrd. Euro im Jahr 2005 zurückgingen. Während der Bund seine Kulturausgaben seit 2001 leicht steigerte, ging es bei Ländern und Kommunen im gleichen Zeitraum bergab! Das ist keine gute Entwicklung.

Denn: Immer mehr Privatisierung und Kommerzialisierung zerstören tendenziell öffentliche Räume und sind für die Entfaltung von Kunst und Kultur höchst problematisch. Die grundgesetzlich garantierte Freiheit der Kunst hat heute eben weniger den vormundschaftlichen Staat zum Gegner, sondern viel mehr die Zwänge des sogenannten freien Marktes. Wenn es noch weitere Argumente für die Kultur als öffentliches Gut bedurfte, so finden wir sie in den aktuellen Auswirkungen der Systemkrise der Finanzmärkte auf die Kultur. Was man da aus den USA hört, lässt nichts Gutes für die Kultur ahnen:

Der Zusammenbruch des amerikanischen Bankensystems hat dort verheerende Auswirkungen, wo die öffentliche Hand nur 10% - und nicht 94% wie bei uns – der Kulturausgaben trägt, wo Kulturförderung überwiegend als private Spenden, als Sponsoring und Stiftungsgelder von Banken und Unternehmensgruppen organisiert ist. Gerade die Investmentbanker waren neben dem individuellen Mäzenatentum besonders aktive Geldgeber für die Kultur, sie haben hunderte von Stiftungen und Kulturinstitutionen, vom MoMa bis zu soziokulturellen Projekten unterstützt. Manches Projekt geriet sofort in Schwierigkeiten, insgesamt aber baut sich die Krise schleichend auf: Man rechnet damit, dass der große flächendeckende Einbruch gerade für Opern und Museen spätestens Ende 2009 kommt, wenn die meisten Sponsoringverträge auslaufen.

In Deutschland besteht die private Kulturförderung ebenfalls weitgehend aus konjunkturabhängigen kurzfristigen Spenden und Sponsoring. Die durchgesetzte Erneuerung des Stiftungsrechts hat zwar einen Stiftungsboom ausgelöst, doch sind von den insgesamt 525 Mio. Euro privater Kulturförderung nach wie vor nur 125 Mio. Euro Stiftungsgelder, die regelmäßig und relativ unantastbar fließen können. Theoretisch jedenfalls, denn auch Kulturstiftungen können in Schieflage geraten, denn auch ihr in Aktien und Zertifikaten falsch angelegtes Stiftungsvermögen kann schmelzen. Überhaupt ist in einer Rezession, in der Unternehmen weniger Steuern bezahlen, in der ihr Sponsoring nachlässt, auch weniger Geld für Kultur da. So trifft man allenthalben auf die Prognose, dass der Kampf um Spenden und Fördergelder auch in Deutschland rauer wird.

Doch auch die kommunale Kulturpolitik in Deutschland kann direkt getroffen werden: welche Auswirkungen wird es auf den kommunalen Kulturretat haben, dass man hörte, mancher städtische Kämmerer habe das kommunale Geld – auch von diesen „cross-border-leasing“-Aktionen - in Aktien und Zertifikaten angelegt, die nun weniger Wert sind oder sich wie im Fall der Lehman Brothers in Luft aufgelöst haben?

Nicht zuletzt geht es um die Künstler selbst, bei denen prominente Spitzenverdiener – wie Daniel Barenboim, Anne-Sophie Mutter, Daniel Kehlmann, Gerhard Richter oder Neo Rauch - nicht den Blick verstellen sollten davor, dass der Durchschnittsverdienst von Künstlerinnen und Künstlern bei ca. 11.000 Euro brutto im Jahr (und nicht im

Monat!) liegt. Kaum ein freischaffender Künstler verdient regelmäßig, deshalb sind Künstlersozialversicherung, Urhebervertragsrecht, neue Antworten auf Individualisierung, Flexibilisierung und erzwungenes Selbstunternehmertum so wichtig.

Gegenüber diesen zu Besorgnis Anlass gebenden Entwicklungen lernen wir unsere Kulturpolitik und öffentliche Kulturfinanzierung in Bund, Ländern und Kommunen neu schätzen. Den 525 Mio. Euro privater Kulturförderung stehen in Deutschland wie gesagt zirka 8 Mrd. aus öffentlicher Kulturfinanzierung gegenüber. Vielleicht gibt der gewandelte politische Diskurs der letzten Wochen ja Rückenwind für die Stärkung von kulturellen Belangen bei haushaltspolitischen Zielkonflikten.

Und gegenüber dem renditehungrigen Risikokapitalismus besinnen wir uns wieder auf unsere deutschen, oft belächelten, von der EU bekämpften, Sparkassen, in deren Statuten Gemeinnützigkeit festgeschrieben ist. Mit mehr als 142 Mio. Euro war die Sparklassengruppe im letzten Jahr der größte nichtstaatliche Sponsor in Deutschland. Die zudem - wir wissen es alle – eben nicht nur auf imagefördernde Eventkultur setzt, sondern gerade das lokale und regionale Kulturengagement unterstützt.

Wir bekennen uns zu Deutschland als einem Kulturstaat, weil allen Menschen gleichermaßen kulturelle Bildung, kulturelles Erbe, musische Erfahrung, Kunst der Gegenwart zugänglich sein sollen. Auch deshalb setze ich mich weiterhin, auch wenn ein erster Anlauf im Bundesrat gescheitert ist, für die Verankerung von Kultur als Staatsziel im Grundgesetz ein.

Nicht nur ist eine Mehrheit der Bevölkerung immer noch bereit, über Steuern und Abgaben ihren finanziellen Beitrag zu leisten, um ihre Bildungs- und Kultureinrichtungen auf hohem Niveau zu erhalten. Hinzu kommt das vielfältige ehrenamtliche Engagement.

Privatisierung ist eben keine Alternative, bei der immer wieder angemahnten Neujustierung des Verhältnisses zwischen staatlicher bzw. kommunaler Politik, zivilgesellschaftlicher Selbstverantwortung und marktwirtschaftlichen Mechanismen ist Vorsicht geboten. Natürlich soll die aktivierende Kulturpolitik die Bürger einbeziehen. Aber auch bei PPP, bei „Public-private-partnership“, kommt es auf die Reihen- und Rangfolge an.

„Öffentliche Güter“ meint nicht Verstaatlichung, sondern gemeinschaftliche, eben politische Verantwortung für ihre Zugänglichkeit. Es geht immer auch um politische Strategien und Maßnahmen zur Förderung des freiwilligen, gemeinwohlorientierten, nicht auf materiellen Gewinn ausgerichteten bürgerschaftlichen Engagements. Es ist ja gerade Ihre 60jährige Erfahrung, wie sehr ein demokratisches Gemeinwesen auf die aktive Beteiligung seiner Bürgerinnen und Bürger am gesellschaftlichen, am staatlichen Leben angewiesen ist – dieses Engagement ist das Lebenselixier demokratischer Gesellschaften. Insgesamt sind es übrigens über 23 Millionen Menschen, das sind 36 Prozent der Bevölkerung, die nach dem Bundestagsenquetebericht von 2002 zum Ehrenamt in Deutschland freiwillige, ehrenamtliche Arbeit leisten, übrigens seitdem mit einer leicht

steigenden Tendenz! Was auch an unserer Politik liegt, denn seit drei Legislaturperioden in Folge kümmern wir uns um die Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements in Deutschland. Es bleibt eine dauernde Aufgabe, den Helfern zu helfen, ihnen die Arbeit zu erleichtern.

Fördern wir, dass noch mehr Menschen motiviert sind, sich ehrenamtlich oder finanziell für die Kultargesellschaft zu engagieren!

### **Die dritte zentrale Herausforderung der Kulturpolitik ist der Ausbau der Kulturellen Bildung,**

die wie kaum ein anderer Lernbereich von klein auf die Persönlichkeitsentwicklung fördert. Identitätsfindung, emotionale Stabilität, Selbstverwirklichung, Teamfähigkeit, Zuhören, Disziplin, Körpergefühl und überhaupt die schöpferischen Fähigkeiten im intellektuellen und emotionalen Bereich werden durch sie vermittelt. Doch die Realität ist niederschmetternd: Kein Fünftel der Grundschullehrer erhält mehr eine musikalische Ausbildung; an Grund- und Hauptschulen entfallen zwei Drittel des Musikunterrichts, an Gymnasien ist es ein Drittel. Von den 14-19jährigen hören nur noch etwa 5% gerne klassische Musik.

Kulturelle Bildung muss gesellschaftlich wie schulisch deutlich aufgewertet werden! Kunst, Literatur, Musik, Tanz und darstellendes Spiel müssen selbstverständlich werden und die gleiche Anerkennung erfahren wie naturwissenschaftliche Fächer. Curricula müssen auch künstlerisch-bildnerische, musikalische, dramatische und Theaterwerke umfassen, auch weil die musisch-kulturelle Bildung die entscheidende Voraussetzung für Nachwuchsbildung ist, auf der Publikumsseite wie unter den Kunstschaffenden. Die Enquete-Kommission des Bundestages empfiehlt dringend: Kulturelle Bildung sollte systematisch in die frühkindliche Erziehung einbezogen und an den Schulen gestärkt werden, etwa indem sie als verpflichtendes Abiturfach eingeführt wird. Wir kennen Simon Rattle's Film „Rythm is it“ und wissen von anderen Modellversuchen – von der Berlin-Neuköllner Rütli-Schule bis hin zur „School Tour“ bekannter deutscher Popmusiker - wie sehr musisch-kulturelle Bildung selbst da noch integrativ wirksam ist, wo Sprache versagt. Ganz zu schweigen von neueren Erkenntnissen der Neurowissenschaften, die nahe legen, dass durch kulturelle Bildung stimulierbare Emotionalität ein zentrales Lernsteuerungsinstrument ist. Vieles, vor allem höhere Kreativität und bessere Lernleistungen auch in Sprache und Mathematik, wird durch den ganzheitlichen Einbezug von Musik, Bewegung und Kunst gefördert. Wäre nicht eigentlich mehr musisch-kulturelle Bildung die richtigere Antwort auf den Pisa-Schock gewesen?

Es sind ja die Künste, von der Musik über die Literatur bis zur Malerei, der Raum des Emotionalen, des Sinnlichen, des Symbolischen, in dem in freierer Weise das Eigene, die eigene Identität ausgebildet und erfahren werden kann, und zugleich das Fremde, das Andere akzeptiert, anerkannt, integriert werden kann. Kulturelle Bildung, musische Erziehung wollen den Zugang zu diesem Raum ermöglichen, zu dieser wesentlichen, sozialen und individuellen menschlichen Dimension gleichermaßen. Das geht nicht ohne musische Selbstbetätigung, ohne Entfaltung eigener Kreativität, die Kinder als Begabung schon haben und die sie unter Anleitung entwickeln sollen. Und das geht nicht ohne kulturelles Wissen. Damit bin ich bei einem speziellen Punkt, der besonders umstritten ist. Wenn ich von kulturellem Wissen rede, muss ich unweigerlich ein sehr

konservativ erscheinendes Wort in den Mund nehmen: Es geht nicht ohne kulturellen Kanon, also ohne eine Verständigung über das Minimum dessen, was die Mitglieder einer Gesellschaft an gemeinsamem kulturellen Wissen, an Beständen kulturellen Gedächtnisses haben müssen. Ein kultureller Kanon ist nicht etwas starr Fixiertes und ein für allemal Gültiges, aber es muss etwas Fassbares sein, dieses gemeinsame Wissen als Basis kultureller Verständigung.

### **Ich komme damit zum Schluss:**

Zentral für jede Kulturpolitik scheint es mir, nicht vollends in den *Mainstream* betriebswirtschaftlichen Argumentierens und kulturfernen Denkens abzuleiten. Ökonomische Sekundärbegründungen mögen im Kampf gegen Kürzungen oder bei Entscheidungen zwischen Sozial- und Kulturausgaben ihren taktischen Platz haben, doch es bleibt die kulturpolitische Gesamtverantwortung. Dies gilt umso mehr angesichts der aktuellen Finanzkrise, die uns Grenzen eines verkürzt marktradikalen Denkens drastisch vor Augen geführt hat.

Wer die Künste nicht als "schönste Form der Freiheit" (Michael Naumann) verteidigt, Kultur nicht emphatisch als Bildungsauftrag formuliert, nicht auch grundsätzlich die Bedeutung der Kultur unterstreicht, der hat schon verloren. Seitdem wir ihn in den Koalitionsvertrag hineingeschrieben haben, hat sich der Satz durchgesetzt: „Kulturförderung ist keine Subvention, sondern Investition in die Zukunft unseres demokratischen Gemeinwesens"! Und das kulturelle bürgerschaftliche Engagement ist eine unverzichtbare Bedingung für unsere Kulturgesellschaft und den Zusammenhalt der Gesellschaft!